

Im Orkan der weltweiten Währungskrisen

Gastkommentar. In den gegenwärtigen Finanz- und Wirtschaftskrisen in aller Welt wirkt der Euro wie ein Schutzschirm. Er spielt in Europa eine zentrale Rolle als stabile Ankerwährung, an die auch viele andere Währungen gebunden sind.

VON FRANZ NAUSCHNIGG

Weltweit sind die Wechselkurse wieder volatil geworden. Es häuft sich die Zahl von starken Wechselkurschwankungen an. In einigen Fällen ist es zu Währungskrisen mit extremen Ausschlägen der Wechselkurse gekommen – auch in Europa: Russland, die Ukraine werteten massiv ab, die Schweiz wertete massiv auf, mit negativen Wirkungen auf die jeweilige Volkswirtschaft. Andere Länder wie beispielsweise Dänemark müssen mit massiven Interventionen, unkonventionellen Maßnahmen und Negativzinsen ihre Wechselkurse verteidigen.

Die Währungskrisen führen zu negativen Konsequenzen für die jeweilige Volkswirtschaft. Dies, da sie die wirtschaftliche Unsicherheit erhöhen und viele Länder zur Verteidigung ihrer Währungen die Zinsen hochhalten müssen. Die Abwertungsländer gewinnen zwar kurzfristig an internationaler Wettbewerbsfähigkeit, diese geht aber durch die von höheren Importpreisen verursachte Inflation bald wieder verloren.

Negative Effekte

Durch die hohen Zinsen, die Abwertungsländer zur Verteidigung ihres Wechselkurses einsetzen müssen, leiden insbesondere die Investitionen und das Wachstum. Die Aufwertungsländer verlieren die internationale Wettbewerbsfähigkeit und kämpfen mit Deflation, Rezession und steigender Arbeitslosigkeit. Aber auch andere Volkswirtschaften, die mit von Währungskrisen betroffenen Ländern verflochten sind, bekommen die erhöhte Wechselkursunsicherheit sowie das in diesen Ländern im Allgemeinen schwächere Wirtschaftswachstum negativ zu spüren. Sogar, wenn sie über verstärkte Exporte in die Aufwertungsländer gewinnen sollten, kann es zu negativen Effekten kommen.

Für Österreich trat dieser Fall für die Franken-Kredit-Nehmer ein, deren Verschuldung und Zinszahlungen durch die Aufwertung des Frankens gegenüber dem Euro massiv anstiegen. Es ist durchaus möglich, dass diese negativen Effekte die für die österreichische Volkswirtschaft positiven Effekte der Franken-Aufwertung – mehr Exporte, mehr Einkäufe von



Schweizern in Österreich, Österreich wird als Wirtschaftsstandort gegenüber der Schweiz attraktiver – überkompensieren.

Finanzkrisen werden seit dem Zusammenbruch des Bretton-Wood-Systems mit seinem stark regulierten Finanzsystem 1971 wieder häufiger, wobei Währungskrisen die häufigsten Finanzkrisen sind. Der Internationale Währungsfonds (IWF) hat festgestellt, dass es von 1970 bis 2011 weltweit 218 Währungskrisen (mit einer dramatischen Abwertung meist verbunden mit spekulativen Attacken auf den Wechselkurs), 147 Bankenkrise (eine systemische Krise ist nicht nur der Zusammenbruch einzelner Banken, sondern eine Beeinträchtigung des gesamten Bankensystems) und 66 Staatsschuldenkrisen (wenn ein Staat seine Schulden nicht mehr finanzieren kann) gab.

Nicht ob, sondern wann

All diese Krisen führten zu schweren wirtschaftlichen Verlusten, insbesondere Wachstumsverlusten, dem Anstieg der Staatsschulden und erhöhter Arbeitslosigkeit.

Schon 2003 habe ich in einem Beitrag für den Sammelband „Al-

ternativen zum Neoliberalismus im Zeitalter der Globalisierung“ festgehalten, dass neoliberale Reformen wie Deregulierung des Finanzsektors, Liberalisierung des Kapitalverkehrs verbunden mit großen Kapitalflüssen, Finanzkrisen verursachen. Die Umkehr der Kapitalflüsse verschlechtert die makroökonomischen Bedingungen, nicht die wirtschaftspolitischen Fehler. „Die Finanzkrisen treten insbesondere in Form von Währungs- und Bankenkrise auf. Die Frage ist nicht, ob, sondern wann die nächste Krise, der nächste Crash kommt und wie wir darauf vorbereitet sind.“

In der aktuellen Diskussion wird sehr oft vergessen, dass es auch in der EU bis zur Schaffung des Euro 1999 immer wieder Probleme mit Währungskrisen und Wechselkursschwankungen gab. Am dramatischsten waren die Währungskrisen im Europäischen Währungssystem (EWS) von 1992 bis 1995. In der EWS-Krise wurde gegen fast alle Währungen spekuliert. Es begann mit dem britischen Pfund, das trotz Interventionen und einer Zinserhöhung auf 15 Prozent stark abwertete und das EWS verlassen musste. Dann wur-

de immer das nächstschwächere Land angegriffen. Damals wurden beispielsweise auch Frankreich und Österreich mit spekulativen Attacken auf ihre Währungen angegriffen.

Die Attacke auf den Schilling

Wie die Spekulation vom August 1993 gegen den Schilling zeigte, sind auch gute Fundamentaldaten, eine hohe Glaubwürdigkeit sowie hohe Währungsreserven keine Garantie dafür, dass nicht gegen eine Währung spekuliert wird. Durch die entschlossene Haltung der Oes-

DER AUTOR



Mag. Franz Nauschnigg ist seit 2000 Leiter der Abteilung für Integrationsangelegenheiten und Internationale Finanzorganisationen der Österreichischen Nationalbank (OeNB). Er ist Mitglied in internationalen Gremien, z. B. der Gruppe der EZB-Ratskoordinatoren, dem International Relations Committee des Eurosystems/ESZB. Publikationen zu europäischer Integration, Währungspolitik, Kapitalverkehr, Finanzkrise. [Privat]

terreichischen Nationalbank bei der Verteidigung des Schilling konnte die Spekulation damals aber rasch gestoppt werden.

Die Einführung des Euro beendet die Gefahr von Währungskrisen für die Länder des Euroraums. Der Euro schützt die Euroländer vor Währungskrisen, die die häufigsten Krisen sind, nicht jedoch vor Bankenkrise. Dagegen soll die Bankenunion helfen. Gegen Staatsschuldenkrisen wiederum soll der gestärkte EU-Stabilitäts- und Wachstumspakt vorbeugen. Der Euro wirkt damit als Schutzschirm in der weltweiten Finanz- und Wirtschaftskrise.

Mit dem Euro entfallen teure Maßnahmen zur Absicherung von Wechselkursrisiken, und der Binnenhandel im Euroraum kann sich ungestört von Devisenmarkturbulenzen und Wechselkursschwankungen entwickeln. Der Großteil des Handels Österreichs erfolgt innerhalb des gemeinsamen Währungsraums.

Die zweite Weltwährung

Der Euro hat sich als stabile internationale Währung etabliert und ist nach dem Dollar die zweite Weltwährung. Der Euro wird zunehmend als Anker-, Reserve-, Anlage- und Transaktionswährung verwendet. Er ist heute mit einem Anteil von etwa einem Viertel auch die zweitwichtigste Reservewährung nach dem Dollar.

Der Euro spielt vor allem in Europa eine zentrale Rolle als stabile Ankerwährung, an die viele andere Währungen gebunden sind. Er wird insbesondere in Zentral- und in Osteuropa weit verwendet. Er hat damit die Rolle einer regionalen Reservewährung in Europa übernommen.

Der Euroraum wächst und umfasst seit dem Beitritt Litauens am 1. Jänner 2015 bereits 19 Länder mit über 300 Millionen Menschen. Diese profitieren von einer weltweit verbreiteten, international akzeptierten und stabilen Währung. Der Euro stärkt auch den Einfluss Europas weltweit.

Die gegenwärtige Krise im Euroraum ist daher nicht, wie verschiedentlich dargestellt wird, eine Krise des Euro, sondern einige Mitgliedsländer sind in den Strudel von Banken- und Staatsschuldenkrisen geraten.

E-Mails an: debate@diepresse.com

PIZZICATO

Die Süd-Achse

Heute wollen wir uns mit einem Phänomen an der Schnittstelle zwischen Politik und Tourismuswirtschaft auseinandersetzen. Falls es Ihnen schon aufgefallen ist: Beliebte Urlaubsregionen ticken ein wenig anders, um nicht zu sagen seltsam. Die Côte d'Azur? Eine Hochburg des Front National. Kärnten? Erst Haider, jetzt Pleite. Über Griechenland brauchen wir eigentlich gar keine Worte mehr zu verlieren. Und nehmen wir die Mafia als politische Organisation im weitesten Sinne noch hinzu, dann passt auch Süditalien hier hinein.

Warum das so ist? Eine Erklärung könnte sein: die viele Sonne. Eine andere: Wenn man dauerhaft von Menschen umgeben ist, die ständig Urlaub machen, reagiert man darauf eben dementsprechend. Fragen Sie nur Michael Häupl! Und mitunter sind es auch die blassen Urlauber aus dem Norden, die in ihrer Arroganz die Genialität der Südländer nicht als solche erkennen und diese so provozieren. Hannes Varufaknig, Finanz-Gemeinderat aus Faak am See, könnte da Geschichten über diese Deutschen erzählen.

Andererseits tun sich Südländer auch schwer, sich anzupassen, wenn sie in nördlichere Regionen kommen. Maria Vassilakou, eine Griechin aus Athen, hat sich gestern in Wien an eine Hausmauer geklebt. Ob dies als politisches Statement zu werten ist – und wenn ja, als welches –, war bei Redaktionsschluss noch unklar. (oli)

Reaktionen an: oliver.pink@diepresse.com

LESERPOST

Leserbriefe bitte an:
Die Presse, Hainburger Straße 33,
A-1030 Wien oder an
leserbriefe@diepresse.com

Islamistische Bedrohung ist keine Phobie

„Polizeilicher Staatsschutz? Alles, nur das nicht...“, *Gastkommentar von Gert Rene Polli, 25. 4.*

Man ist überrascht, um nicht zu sagen verblüfft, in den Ausführungen von Herrn Polli zum intendierten neuen österreichischen Staatsschutzgesetz von einer „europaweiten Terrorisismusphobie“ zu lesen und dann zu erfahren: „Die Terrorgefahr wird seit Jahren gerade von den US-Diensten geschürt und überbewertet.“ Möge er recht haben!

Wichtiger als die Neuordnung der österreichischen („Geheim-“) Dienste ist für uns Normalbürger die Frage eines einigermaßen effektiven Schutzes gegen islamis-

tische Terrorangriffe, die eben nicht nur als Phobie existieren und nach dem 11. September und vielen anderen Anschlägen keine Erfindung des NSA sind. Im neuen Staatsschutzgesetz findet sich allerdings kein Hinweis auf den in Deutschland von Länderministern und in Österreich von der ÖVP vorgeschlagenen Entzug der Staatsbürgerschaft für „IS-Touristen“.

Wer nach Syrien oder in den Irak reist, um sich dort einem Terrorregime anzudienen, ist dem Sinne nach kein österreichischer Staatsbürger mehr; er sollte es auch als potenzieller Rückkehrer nicht mehr sein. Terrorismus auf Probe und zur Ausbildung mit Rückkehrgarantie ist eine Absurdität. Drei Monate Haft als Abschreckung würde man „auf einer Backe absitzen“, um mit dem Hauptmann von Köpenick zu sprechen.

Die Europäische Übereinkunft vom 6. November 1997 verbietet zwar den an sich rechtmäßigen Entzug der Staatsbürgerschaft wegen des Dienstes in einer fremden Armee, wenn daraus Staaten-

losigkeit resultiert. Das kann und sollte man ändern. Den Terroristen bleibt ja die Staatsbürgerschaft ihres Idealstaates „Islamischer Staat.“ In dieser Hinsicht wäre eine Anerkennung des IS eine akzeptable Kriegsliste.

Würde unser Leben in Österreich (und Europa) durch eine solche Maßnahme sicherer? Nein, aber ein bisschen sicherer. Unsere Verfassung würde auf Dauer zu Recht an Glaubwürdigkeit verlieren, wenn sie im Ergebnis die Verfassungsfeinde beschützt.

Prof. Dr. Helmut Sihler
9210 Pörschach

Kinderbetreuung: Eltern sollen entscheiden

„Kleinkinder in Fremdbetreuung werden stärker gefordert“, 25. 4. Familienministerin Karmasin hat wiederholt die frühkindliche Fremdbetreuung als wahren Heilsbringer angepriesen. So habe ihr Ministerium zahlreiche Studien zu diesem Thema miteinander verglichen und sei zu dem